



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2022/1339

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he/neu  
**Dezernat/Fachbereich/AZ**

25.03.2022

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Finanz- und Digitalisierungsausschuss</b>	28.03.2022	Beratung	öffentlich
<b>Haupt- und Personalausschuss</b>	04.04.2022	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	04.04.2022	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Stadt Leverkusen als attraktiver Arbeitgeber: Freiwillige Ausbildungsprämie für angehende Erzieherinnen und Erzieher in der schulischen Ausbildung

- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.01.2022

- Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Leverkusen vom 21.03.2022



## Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Leverkusen

---

An die  
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen  
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen  
Fraktion Opladen Plus im Rat der Stadt Leverkusen  
Fraktion Bürgerliste im Rat der Stadt Leverkusen  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Leverkusen  
Stadtdirektor Marc Adomat

21. März 2022

### **Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Leverkusen Ausbildungsprämie für ErzieherInnen / Antrag der CDU im letzten KJHA**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der sicher gut gemeinte Antrag der CDU im letzten Kinder- und Jugendhilfeausschuss findet bei den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege Leverkusen keine Zustimmung.

Ziel und Zweck einer politischen Initiative muss es sein, dass die Auszubildenden zum/zur Erzieher/in eine adäquate Vergütung erhalten, sprich, dass das Ausbildungssystem einer grundsätzlichen Neuausrichtung hin zur dualen Ausbildung erfahren muss.

Wenn die Auszubildenden über fünf Jahre an eine Stelle gebunden werden, zu der sie mit Beginn der Ausbildung keinerlei Rechtsverhältnis aufweisen, ist dies nicht akzeptabel und auch rechtlich fraglich. Diese Beschneidung von Zukunftschancen ist zudem sicherlich dem Beruf der Erzieher/innen nicht dienlich.

Das genannte Argument, dass die Kommune den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz erfüllen müsse, kann nicht für eine Finanzierung alleine der kommunalen Einrichtungen ins Feld geführt werden. Ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz konnte und wird niemals alleine durch städt. Einrichtungen erfüllt werden können. Es bedurfte und bedarf hierzu immer auch der Einrichtungen der freien Träger.

Wenn bis zur Umsetzung der Neuausrichtung der Erzieherausbildung ein Taschengeld gewährt wird, ist dieses an **alle** Auszubildenden und ohne Bedingungen zu gewähren. Eine derartige Wettbewerbsverzerrung, wie sie sich aus dem Antrag der CDU ergeben würde, ist nicht hinnehmbar.

Wir sind gerne bereit, gemeinsam mit der Kommune über neue Wege zur Personalgewinnung in den Kitas zu beraten und neue Konzepte zu entwickeln, die für alle tragbar sind.

\*\*\*

**Sprecher für die Jahre 2022-2024: Petra Jennen/Axel Zens  
AWO Leverkusen**

**Königsberger Platz 26, 51371 Leverkusen**

**Tel.: (0214/26 06-254; Fax: 0214/26 06-100; E-Mail: [jennen@awo-lev.de](mailto:jennen@awo-lev.de); [zens@awo-lev.de](mailto:zens@awo-lev.de)**